PFLEGE

Für SPÖ ganz klar

- keine 2-Klassen-Pflege, in der die Brieftasche über die Pflege entscheidet
- In der Pflege wird nicht gespart!!

Vorschlag Kurz Ausgabenbremse - Was das bedeutet:

- ⇒ In Pflege nach Vorschlag Kurz zusätzlich € 460 Mio. in letzten 4 Jahren sparen müssen
- ⇒ PflegegeldbezieherInnen haben zu 36 % unter € 860/Monat und zu 80 % unter €
 1.790 Brutto/Monat => das sind die Menschen, wo Kurz sparen möchte.

Für uns ist klar, Pflege muss weiterhin gesichert werden => 2 Schritte

1. Schritt: 2018 - 2022

Einführung Erbschaftssteuer für die reichsten 2-3 % und damit

- ⇒ Ausfinanzierung der Abschaffung des Regresses,
- ⇒ Übernahme von 50 % der mobilen Kostenbeiträge und
- ⇒ Erhöhung des auszuzahlenden Pflegegeldes für schwerst behinderte Kinder
- ⇒ Bis zu € 1 Mrd. bis 2022 die direkt in Pflegeberufe und damit in Steigerung Qualität
 - PflegerInnen sind das Rückgrat des Systems
 - o Kümmern sich aufopfernd um unsere Liebsten
 - o Wir würden mit dieser € Milliarde
 - Gesundheitsförderung
 - Persönliches Gesundheitsbudget von jährlich € 1.000 (Massagen, Urlaub mit Gesundheitsbehandlung, ...) für individuelle Bedarf
 - **6. Urlaubswoche** ab 43. Lebensjahr => Arbeit am und mit Menschen besonders anstrengend
 - => Haben es sich verdient
 - Steigerung Attraktivität und Mobilität
 - € 1.000 Zuschuss zu Führerschein
 - Sicherstellung zukünftiger Bedarf
 - Ausbildungsoffensive => jährlich € 20 Mio. für Aus-, Fort- und Weiterbildung
 - Beschäftigungsoffensive => zusätzliches Budget für jährlich
 1.000 Stellen mehr

Leistu	ngen ausba	iuen, den Me	enschen Pflege	garantieren u	ınd bessere	e Arbeitsbedin	gungen in o	der Pflege	schaffen
in € Mio.	Leistbare Pflege für alle		Pflegegeld	Personal und Qualität (des Arbeitsplatzes)				Kosten/Finanzierung	
	Entfall Regress ¹	Halbierung mobile Kosten- beiträge ²	Ungekürztes Pflegegeld bei erhöhter Familien- beihilfe ³	Persönliches Gesundheits -budget ⁴	Mobilität (Führer- schein) ⁵	Ausbildungs- offensive ⁶	Beschäf- tigungs- offensive	Mehr- bedarf Gesamt	Erbschafts- und Schenkungs- steuer ⁸
2018	€ 137	€ 77	€ 31	€ 60	€ 20	€ 20	€ 50	€ 395	€ 500
2019	€ 178	€ 80	€ 32	€ 61	€2	€ 20	€ 102	€ 475	€ 515
2020	€ 184	€ 85	€ 32	€ 62	€2	€ 20	€ 156	€ 541	€ 530
2021	€ 190	€ 88	€ 33	€ 63	€2	€ 20	€ 212	€ 608	€ 546
Gesamt	€ 689	€ 330	€ 128	€ 246	€ 26	€ 80	€ 520	€ 2.019	€ 2.092

2. Schritt: Ab 2022

Einführung eines Pflegegarantiefonds zur zentralen Finanzierung gespeist aus

- ⇒ Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuer
- ⇒ **Budgetmittel** des **Bundes** (wie bisher für)
 - Aufwand Pflegegeld
 - 24HB (exkl. Aufwand für Übernahme von Ländern = gedeckt aus E&S)
 - Maßnahmen für pflegende Angehörige
 - Mittel für (bisherigen) Pflegefonds (Höherdotierung ab 2022 um 5 % jährl. anstelle um 4,5 %)
- ⇒ **Budgetmittel** der **Länder**
- ⇒ Damit trotz Ausbau der Leistungen und besseren Arbeitsbedingungen für PflegerInnen die Pflege langfristig sichergestellt und eine gleichmäßige Kostenverteilung zwischen Bund (49,4 %) und Ländern (50,6 %) über die gesamte Dauer bis 2050.

Der Pflegegarantiefonds als Steuerungs- und Sicherungsinstrument

Neue Art. 15a B-VG Vereinbarung zur Einrichtung Pflegegarantiefonds unter

⇒ gesamtpolitischer Steuerung der Langzeitpflege

gemeinsam erarbeitete österreichweit einheitliche Grundsatzplanung und ergänzend regionale Detailplanung mit jährlichem Monitoring

⇒ Festlegung von Mindeststandards

Personalschlüssel, Pflegepersonalberechnung, etc.

⇒ Stärkung PatientInnen- und Pflegeanwaltschaften, Einrichtung Bundesagentur für Qualitätssicherung

¹ Schlagartiger Entfall Einnahmen iHv. € 100 Mio. + zusätzliche Nettoausgaben inkl. Kostensteigerungen von 3,6 %; Annahme: jährliche Mehrinanspruchnahme durch 5 % der Personen

² Übernahme von 50 % der Kostenbeiträge; 2015 Kostenbeiträge der Menschen iHv. € 124,5 Mio. (das sind 32 % der Kosten der Länder); Annahme jährliche Mehrinanspruchnahme iHv. 10 %

³ Entfall Anrechnung erhöhte Familienbeihilfe, derzeit 43.129 Personen zu monatlich € 60

 $^{^{4}}$ Stand 2015: 64.532 Personen in Pflegeberufe, geschätzte Ausschöpfung iHv 90 %

⁵ 43.300 Personen (2015) arbeiten im nicht-mobilen Bereich, Annahme Bedarf bei max. 50 %. In Folgejahren nur mehr vereinzelte Inanspruchnahme (Personen In Ausbildung)

⁶ Jährlich werden € 20 Mio. zur Verfügung gestellt

⁷ Das Jahreseinkommen inkl. Lohnnebenkosten im SWÖ-KV Stufe 6/3 beträgt rund € 39.340/Jahr. Annahme von durchschnittl. Kosten iHv. € 50.000/Person (zB aufgrund von Vordienstzeiten). Kostenentwicklung basiert auf Annahme durchschn. Lohnsteigerungen iHv. 2 % jährlich

⁸ € 500 Mio. im Basisjahr (vom BMF bestätigt). Jährl. Steigerung analog Erbvolumen iHv. durchschnittlich 3 %.